

**Erklärung von Rh. Dr. Becker zur Einberufung der Sondersitzung
des Rates am 05.08.11**

Es ist nicht unsere Art, nach Belieben Sondersitzungen zu beantragen. Deshalb haben wir von diesem Recht bisher nie Gebrauch gemacht.

Jamaika und der dazugehörige Oberbürgermeister gehen aber auf zunehmend fragwürdige Art und Weise mit der Institution Stadtrat und parlamentarischen Grundsätzen um. Beschlüsse werden bereits außerparlamentarisch gefasst und der Rat soll nur noch als formelles Abstimmforum erhalten. Da hier die Opposition naturgemäß weniger pflegeleicht als das eigene Abstimmvolk ist, werden beschlussrelevante Informationen nach Möglichkeit zurückgehalten. Wird dann nachgefragt, so wird zunächst versucht, dies abzublocken. So geschehen in der letzten regulären Ratssitzung.

Provoziert Jamaika deshalb eine Sondersitzung, so lässt man diese mit rechtlich fragwürdiger Begründung platzen. Rechtlich fragwürdig deshalb, weil eine sogenannte Abstimmung nach Fraktionsstärke weder in der GO NRW, noch in der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Leverkusen vorgesehen ist. Bilaterale Pairingvereinbarungen kann man durchaus trotzdem treffen, aber nicht während einer laufenden Ratssitzung durch unstatthafte Zwischenrufe.

Das Platzenlassen der letzten Ratssondersitzung hatte Jamaika auf allen Kanälen als ein so genanntes „Ziehen der demokratischen Notbremse“ proklamiert. Das Ziehen einer Notbremse ist aber nur im Fall einer Gefahr zulässig. Wer eine Notbremse missbräuchlich zieht (z.B. zur Schaffung eines persönlichen Vorteils), begeht übrigens eine strafbare Handlung nach § 145 StGB.

Nun würde es uns nicht mehr wundern, wenn uns Jamaika unsere Beantragung dieser Sondersitzung auch noch vorhält. Aber wer A sagt und den § 49 (1) der GO NRW überstrapaziert, der muss auch B sagen und den § 49 (2) der GO NRW in Kauf nehmen. So hat es der Gesetzgeber gewollt und somit hat sich Jamaika diese Sondersitzung letztlich selbst eingebrockt.

Diese Sondersitzung haben wir einzig und allein deshalb beantragt, um das ungebührliche Platzenlassen der vorherigen Ratssondersitzung zu heilen und zu respektvollem Umgang mit einem wichtigen Element unserer Demokratie, dem Stadtrat, aufzufordern.